
Aussprache

Fehler muß man genau benennen*

(zu Heft 7/91 „Chaos im Osten?“)

Leider bin ich erst spät in den Besitz der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ 7/91 gelangt. Ich möchte dennoch zu einigen Fragen meine Meinung sagen, zumal dies nicht streng zeitgebunden ist.

Man muß anerkennen, daß die „Gewerkschaftlichen Monatshefte“, im Unterschied zu anderen Medien ernsthaft versuchen, zu „hinterfragen“, zu erklären, zu beurteilen, welche Fragen und Probleme der Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik aufgeworfen hat. „Chaos im Osten?“ - eine sehr berechtigte Frage.

Es mutet heute wie eine Botschaft von einem anderen Stern an, wenn sich eine Zeitschrift *nicht* der offenbar allseits beliebten Schwarz-Weiß-Klischees bedient, wenn sie die deutsch-deutsche Wirklichkeit beleuchtet.

Den zur Zeit mehrheitlich arg gebeutelten Neu-Bundesbürgern ist eine so kritische Analyse, wie sie zum Beispiel Michael Schneider über die Gewerkschaften im deutsch-deutschen und europäischen Umbruch anbietet, aus dem Herzen gesprochen: die Bundesrepublik und ihre Arbeitsumwelt nicht das Non-Plus-Ultra einer Industriegesellschaft, die Politik der Regierung Kohl bei ihrem industriellen, kulturellen, wissenschaftlichen und sozialen Kahlschlag der ehemaligen DDR mal nicht aus der Sicht von nahezu „göttlicher Vorsehung“ betrachtet.

Wenn der Deutsche Gewerkschaftsbund (als Herausgeber der Monatshefte) auch nicht gefordert ist, Konzepte zu verwirklichen, so scheint er sie doch wenigstens artikulieren zu können.

Im Unterschied zu Schneider scheinen mir aber in der Auflistung gewerkschaftli-

cher Aufgaben (S. 454 ff) zwei wichtige zu fehlen, wenn von neuen Problemen im deutsch-deutschen Umbruch die Rede ist:

1. Die Überwindung der noch immer bestehenden geistigen Mauern zwischen Ost und West, indem Sachlichkeit, Sachkunde und mehr Fingerspitzengefühl im Umgang miteinander einziehen.
2. Die Umkehrung des Treuhandauftrags „Privatisieren statt Sanieren“ sollte durchgesetzt werden, ehe es zu spät ist.

Es wird einer lenkenden Hand bedürfen, damit die Umwälzungen im Osten der Bundesrepublik nicht allein dem freien Spiel der Kräfte überlassen bleiben, vorausgesetzt, daß man in der Politik der Bundesregierung nicht schon diese lenkende Hand sieht.

Immer öfter wird von Gewerkschaftern der neuen Bundesländer beklagt — so kürzlich von den Teünehmerinnen einer Frauenkonferenz der IG Metall in Essen -, daß es für ihre Sorgen und Probleme wenig Interesse gibt. Rührt das vielleicht daher, daß man einerseits noch zu wenig voneinander weiß, und andererseits dieses Wissen tendenziös vermittelt wurde? Ein Blick in bestimmte Medien genügt. Sie lassen erahnen, wessen Staat dieser Staat ist. Von wegen ein Volk!?

Unterstützen nicht solche irrwitzigen Klischees vom unterentwickelten „Ossi“, der, des Arbeitens kaum kundig, die marode Wirtschaft in den Ruin getrieben habe, die oberflächliche Auffassung, er sei an seiner Lage doch selbst schuld?

Mit schöner Regelmäßigkeit werden „Enthüllungen“ offeriert, die dem unbedarften Leser einen Schauer über den Rücken jagen. Aber nie folgt eine juristische Reaktion. Ein paar Zwanzigjährige hat der Rechtsstaat für „würdig“ befunden, daß sich die Justiz an ihnen austoben kann.

* Text von der Red. gekürzt.

Hilft es, Vergangenheit zu begreifen (schon gar nicht, zu bewältigen), wenn ohne Unterlaß und nur verbal, selten mit schlüssigem Beweis, der DDR-Staat samt und sonders als Unrechtsstaat niederqualifiziert wird und die 16 Millionen Bürger (von den Gewendeten abgesehen) der „Anpassung an das stalinistische System“ beschuldigt werden?

Wir kannten nach 1945 vor allem das faschistische System, und dies war für viele, viele Anlaß, nach einer echten Alternative zu suchen. Die Bundesrepublik und deren Zonenvorläufer waren es leider nicht.

Diese Menschen heute der „Anpassung“ zu verdächtigen ist mehr als oberflächlich. Angepaßt - was heißt das? Das Chamäleon paßt sich an - die Menschen hier sahen eine Perspektive! Aber heute versteht man unter „Anpassung“ ohne Schuld schuldig oder zumindest mitschuldig.

Nimmt man den letzten Tarifvertrag der ÖTV für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Tarif gebiet Ost, so gibt es eine kollektive Schuld mit Tarif konsequenz! Das ist einmalig in einem Rechtsstaat, so einmalig wie das Renten Anpassungsgesetz, das die Menschen in Schuldige und Unschuldige teilt, wenn auch ohne richterliches Urteil und mit erheblichen Definitionsproblemen. Ist das nicht auch Anpassung durch den DGB, indem er toleriert oder sich - wie im Falle ÖTV - zum Richter erhebt?

Ehemalige Funktionäre des alten Regimes, aber *keinesfalls* sie allein, drapieren ihre neue politische Karriere um der „Glaubwürdigkeit“ willen mit ideologischer Unterdrückung und Drangsalierung durch die SED. Ist das nicht etwa Anpassung? Vor allem dann, wenn sie vorher recht kameradschaftlich zusammengearbeitet haben. Anpassung scheint eine deutsche Tugend zu sein...

Alexander von Plato unternimmt den Versuch, Anpassung zu erklären, indem er „spezifische Konsenselemente“ benennt: die DDR als Aufstiegsgesellschaft.

In der Tat. Die DDR hat vielen Aufstiegschancen eröffnet, die sie sonst als „Niedriggeborene“ wohl nie (oder kaum) gehabt hätten. Nicht Vaters Geldbeutel gab den Ausschlag, wer an einer Hochschule lernen durfte, sondern das Talent. Und ich kann das auch heute noch nicht verwerflich finden. Aber es gab eine Zeit, da man dies der DDR als Benachteiligung der Kinder der Intelligenz angekreidet hat.

Daß die Bundesrepublik noch nie ein Freund sozialistischer Ideen oder Ideale war, schon gar nicht, wenn sie organisiert aufgetreten sind, kann als erwiesen gelten. Die Tradition reicht bis zu Bismarck. Aber genügt denn das der viel gepriesenen Rechtsstaatlichkeit schon, um Andersdenkende pauschal zu kriminalisieren? Fürchtet denn die Bundesrepublik die Erinnerung an die DDR so sehr, daß sie nicht einmal an ihre eigene Mitverantwortung für die deutsche Geschichte der letzten 45 Jahre erinnert werden möchte? Ist die BRD - vor der DDR entstanden! - nicht wie die DDR Produkt der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs? Und inwieweit ist ihre innere Ordnung selbstbestimmt?

Die Zweistaatlichkeit war nicht der Herzenswunsch aller Deutschen. Da darf man getrost auch mal in Washington oder Paris nachfragen, so man es vergessen haben sollte. Und auch der AUEinvernehmensanspruch der Bundesrepublik für alle Deutschen war nicht der Wunsch aller Deutschen. Er diente einerseits dazu, die „Brüder und Schwestern in der Zoffjetzone“ zu bedauern, um ihnen im gleichem Atemzuge Knüppel zwischen die Beine zu werfen.

Die Widersprüchlichkeit und Kompliziertheit im Verhältnis der beiden ungleichen Brüder ist wohl erheblich größer, als daß man sie in wenige Sätze kleiden könnte: auf der einen Seite Embargo (COCOM-Liste), auf der anderen Seite Milliardenkredit, wenn es sich rechnete. Einerseits Swing, andererseits Schulterklopfen der Spitzen - auch der Gewerkschaften. Noch zu Zeiten der Massen-

flucht aus der DDR 1989 war Tisch zu Gast beim DGB-Vorsitzenden Breit. Man entdeckte erst, als ein von der Basis gewählter neuer FDGB-Vorstand gewählt worden war, daß der FDGB ja eine undemokratische Organisation sei. Aber die Schuldigen sind die Angepaßten?

Damit der Mann auf der Straße das auch „frißt“, werden „Nationalsozialismus“ und realer Sozialismus gleichgesetzt. Um auf dem Niveau dieser Historiker (oder besser Hysteriker?) zu bleiben: Da haben wohl die DDR-Angepaßten den Zweiten Weltkrieg vom Zaune gebrochen und tragen Verantwortung für 50 Millionen Tote und in den KZ Umgebrachte?! So einfach ist das. So erspart man sich, was man hätte vor 40 Jahren getan haben müssen.

Auch hinsichtlich der Überwindung der Zweistaatlichkeit stellt man sich die Frage: Wie hätten sich denn die Ostdeutschen, deren Westgrenze zugleich die Außengrenze der Siegermacht Sowjetunion darstellte, verhalten dürfen? Warten, bis sie „heim ins Reich“ geholt werden, selbst um den Preis eines neuen Krieges?

Der unverzeihliche Fehler der Ostdeutschen war wohl, daß sie auf den Trümmern des Nazireiches und mit Hilfe der Siegermacht UdSSR den Versuch gewacht haben, eine Gesellschaftsform zu errichten, die sich zum Ziele gesetzt hatte, allen Menschen Arbeit, souveräne Entscheidung der sie betreffenden Angelegenheiten, soziale Sicherheit, kostenlose gesundheitliche Betreuung und Bildung zu gewähren. Dies war für alle, die von ihrer Hände Arbeit leben müssen, wohl ein unterstützenswertes Ziel. Daß diese Vision sich Stück für Stück - auch unter äußerem Einfluß - auflöste, kann man verurteilen oder wenigstens bedauern. Da wird sich beim bekannten Ergebnis auch die CDU nicht so gern an ihr Ahlener Programm erinnern (obwohl es da noch beträchtliche Unterschiede gibt).

Der Versuch ist gescheitert. Aber allzuvielen ist, nachdem sich der Wahlnebel verzogen hatte, der Schrei „Gott sei

dank!“ im Halse stecken geblieben angesichts des Resultats. Die Illusion ist zerstoben, eine Chance nutzlos vertan.

Dieser befreiende Schrei ist auch deswegen ausgeblieben, weil den Menschen in der ehemaligen DDR ihre Lebensleistung abgesprochen worden ist. Sie haben — wenn man den BILDhaf ten und den SUPER-Zeitungen glaubt—in westlichen Augen nichts, aber auch gar nichts geschaffen. Sie haben nur einen Haufen Dreck hinterlassen: asbestverseuchte Wohnungen, abrißreif wie die heruntergewirtschafteten Betriebe, ein total vernachlässigtes Gesundheitswesen, eine nichtnutzige Wissenschaft, ein die Menschen erniedrigendes Bildungswesen — und sie haben sich gegenseitig bespitzelt.

Langsam ist deutlich geworden, zu wessen Nutzen dieses Zerrbild entworfen wurde — zum Nutzen der Arbeitnehmer mit Sicherheit nicht. Wohl eher, damit Volksvermögen spottbillig an den Mann gebracht werden konnte und Konkurrenten ausgeschaltet wurden.

Dafür gibt es jetzt im Osten statt 9,6 Millionen Arbeitsplätze nur noch 4 Millionen —und keiner weiß wie lange. Alle Politikerreden beginnen mit „es werden“. Der Aufschwung zur modernsten Region Europas hat dutzende Termine, die meisten sehr flexibel und in weiter Ferne. Man fragt sich, welche Deckung hat denn dieser Optimismus-Scheck? Herr Lafontaine, der schon einmal recht hatte, rechnet es vor. Wenn jeder Arbeitsplatz, der neu geschaffen wird, einer Investition von ca. 250 000 DM bedarf, dann ist die Schaffung von nur 2 Millionen neuer Arbeitsplätze mit einem Investitionsbedarf von 500 Milliarden DM verbunden. Woher soll dieses Geld kommen? Und es blieben dennoch über 3 Millionen Menschen ohne Arbeit, verglichen mit 1989. Es wird also auch künftig so sein, daß das Plusquamperfekt Seltenheitswert hat, wenn es um neu geschaffene Arbeitsplätze geht - und damit um Sicherheit und Perspektive.

Eine ganze Region wird in längst vergangene Vergangenheit zurückgeschickt, wird kolonialisiert. Da braucht man

Schuldige. Wer gibt schon gern die eigenen Fehler zu, wenn er die Möglichkeit hat, sie bei anderen zu finden? Und man findet. Die Sieger der Geschichte haben immer gefunden. Man findet in so reichem Maße Fehler, Versäumnisse, Unvermögen und auch Unrecht, daß man die eigenen Ursachen nicht bemühen muß. Das, was die ehemaligen DDR-Bürger am meisten beklagen, steht kaum noch zur Debatte: die Ignoranz und Arroganz der Macht der Alt-Herren-Riege, ihr Unvermögen zu Reformen, ihr Vergrößern von Gefahr und ihre Untätigkeit noch in den Stunden des Zusammenbruchs - man wird es nicht mit Gerichtsurteilen aufarbeiten können. Das besorgt die Geschichte. Schade, daß hinter dem Beklagens- und Verurteilenswerten auch die tatsächlichen Ergebnisse zum Nutzen der Menschen verblassen werden. Aber ist es nicht auch diese Widersprüchlichkeit, die Eingang in die Auseinandersetzung finden muß?

Und dies gilt auch für das nachfolgend dargestellte Problem: Das Niedermachen einer Region, die noch in den achtziger Jahren zu den zwölf stärksten dieser Erde zählte, wird wie ein Naturereignis hingenommen.

Man muß Schneider zustimmen, wenn er schreibt, daß in den Altbundesländern kaum jemand Anstoß an der innerdeutschen Umverteilung auf Kosten der Ostdeutschen nimmt. Auch die Gewerkschaften nehmen daran keinen oder kaum Anstoß. Hat die Interessenvertretung dort ihre Grenze, wo es um die Probleme der anderen geht? Müßte den Regierenden nicht endlich frontal in die Parade gefahren werden? Oder ist Total-Kahlschlag das Regierungskonzept? Wer schreit nach dem Richter angesichts der herbeiregierten Massennot? Oder müssen die „Ossis“ erst noch lernen, daß der Rechtsstaat immer recht hat? Ich glaube, das wußten sie schon.

Soll so zusammenwachsen, was nach Willy Brandt zusammen gehört? Ist es verwunderlich, wenn Kollegen aus den alten Bundesländern - dieses Bild im Kopf -

nur unscharf die Probleme ihrer Kollegen aus den östlichen Bundesländern sehen? Und bedeutet Anerkennung marktwirtschaftlicher Prinzipien zugleich Verneinung der Kritik an ihnen und den Freibrief für die Regierenden? Und wieder fragt man sich, wo die Gewerkschaften stehen, einst gegründet als Vertreter der Interessen der geschundenen Klasse?

Aber kann man „West“-Kollegen den Vorwurf zu geringer Sensibilität machen, wenn „Ost“-Kollegen nicht empfindsamer sind - so zum Beispiel, wenn sich ehemalige FDGB-Funktionäre zur ehemaligen DDR-Gewerkschaft äußern? (S. 435 ff). Es wird ihnen sicher nicht widersprochen, wenn sie Zweifel am sozialistischen Wettbewerb — vor allem im Handel — äußern. Und es verdient auch Respekt, wenn sie heute, vom Vertrauen der Kollegen getragen, deren Interessen vertreten. Aber es erhöht doch nicht ihr Ansehen, wenn sie mit Tatsachen geringschätzig umgehen. Muß man Erscheinungen aus den siebziger Jahren (!), die der FDGB selbst energisch (und erfolgreich) bekämpft hat, wie zum Beispiel die Verknüpfung von Gehaltserhöhung und Mitgliedschaft in der freiwilligen Zusatzrentenversorgung, so darstellen, als sei dies das Wesentliche der damaligen Gewerkschaftsarbeit gewesen? Sie müßten es eigentlich selbst am besten wissen.

Oder: Im Interview des Herrn Bormann spiegelt sich so viel „Unkenntnis“ wider, daß dies einem sachkundigen Interviewer hätte auf fallen müssen. Da wird einerseits — nicht ganz unberechtigt — gewerkschaftliche Tarifarbeit der Zentralvorstände verneint, aber zugleich wird einer betrieblichen Gewerkschaftsleitung (BGL) und ihrem, mit dem Betriebsleiter vereinbarten Betriebskollektivvertrag (vergleichbar mit Betriebsvereinbarungen) zugeschrieben, für *einen ganzen Zweig* (im vorliegenden Falle die Bauwirtschaft) Tarife zu vereinbaren. Andererseits wird dem FDGB nur die Funktion von „Transmissionen“ nämlich zwischen Partei und Gewerkschaftsmitgliedern, zugedacht, Interessenvertretung jedoch bestritten. Noch heute möchte Herr Bormann Wirtschafts-

lenker Mittag in den „Arsch treten“, weil er das ganze Geld für die Mikroelektronik verschleudert habe. Bitte, soll er treten. Aber daß Herr Kjechle die DDR-Landwirtschaft in den Ruin gefahren hat, Landwirtschaftsmodelle favorisiert, die auch anderswo nicht funktionieren, das macht Herrn B. offenbar weniger Sorgen, obwohl er den Zusammenbruch selbst beschreibt. Für den bescheidenen Rest der in der Landwirtschaft Tätigen (das sind vielleicht ganze 20 Prozent) sind nunmehr „bessere Mitbestimmungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten“ gegeben. Da werden sich die Gefeuerten aber freuen ... Meint er. Aber da er „nie in herausgehobener Funktion gearbeitet hat“, muß man wohl Nachsicht üben.

Auch diese Halbwahrheiten hatte ich im Blick, wenn ich von tendenzdös vermitteltem Wissen sprach. Dabei steht mir keinesfalls der Sinn nach nostalgischer FDGB-Betrachtung. Aber eine Geschichtsaufarbeitung, die an den wesentlichen Tatsachen vorbei geht, hilft niemandem. Fehler muß man genau benennen.

In dem Maße, wie ehrliche, tatsächengerechte Aufarbeitung stattfindet, wird die Mauer in den Köpfen kleiner. Dazu wird aber auch eine Kultur des Streits gefunden werden müssen, die es ermöglicht, auch unbequeme Tatsachen anzuerkennen und die ohne Klischees und Voreingenommenheit auskommt.

Gottfried Eckhardt, Berlin